Dezernat 5, 23.10.2026, 51-5235

Antwort auf die Anfrage der Ratsfraktion CDU Bielefeld (Drucks.-Nr. 2198/2025-2030) vom 16.10.2026 für die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses der Stadt Bielefeld am 03.11.2026

Thema:

Anfrage zu den Fallzahlen, Kosten und Bearbeitungszeiten bei Anträgen auf Hilfe zur Pflege (SGB XII)

Frage:
Wie haben sich die Fallzahlen und die Gesamtausgaben für die Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII in Bielefeld seit 2023 entwickelt?

Zusatzfrage:
Wie haben sich die durchschnittlichen Bearbeitungszeiten der Anträge auf Hilfe zur Pflege seit 2023 entwickelt und wie viele Anträge befinden sich derzeit noch in Bearbeitung?

Antwort:

Zeitraum	Ambulante Pflege		Stationäre Pflege	
	Fallzahlen (Stand Dez.)	Ausgaben (€) (jährlich)	Fallzahlen (Stand Dez.)	Ausgaben (€) (jährlich)
2023	538	7.177.169	1.427	9.247.996
2024	564	7.834.782	1.560	12.867.445
2025	584	9.110.331	1.689	14.537.556
Prognose 2026	595	10.100.000	1.790	15.350.000

Zusatzfrage:

In Bearbeitung sind im Bereich der ambulanten Pflege derzeit 78 Fälle, im Bereich der stationären Pflege 202 Fälle. Die durchschnittlichen Bearbeitungszeiten stellen sich wie folgt dar:

Jahr	Anzahl Werktage ambulante Pflege	Anzahl Werktage stationäre Pflege
2023	43	123
2024	57	125
2025	80	128
2026 (bis 19.10.2026)	85	124

Die Bearbeitungszeit bildet die Zeitspanne von Antragstellung bis Leistungsbewilligung ab. Eine gesonderte Auswertung von Wartezeiten auf Grund nachzureichender Unterlagen erfolgt nicht.

Auffällig ist, dass sich die Bearbeitungszeit in Bezug auf die ambulante Pflege drastisch verändert hat. Der vom Pflegegrad abhängige Festbetrag der Pflegeversicherung deckt die Kosten des pflegerischen Bedarfs (der vom Fachdienst Pflege festgestellt wird) in vielen Fällen nicht mehr ab. Die Anträge auf Hilfe zur Pflege, die zu ermittelnden Sachverhalte und die Vermögenssituationen sind deutlich komplexer geworden. Es sind nicht mehr nur Personen mit geringem Einkommen oder Bezieher*innen von Grundsicherungsleistungen davon betroffen, ihre ambulanten Pflegekosten nicht mehr decken zu können, sondern zunehmend auch Menschen mit höheren Einkommen oder (z.T. an Angehörige verschenkte) Vermögen.

Ingo Nürnberger
Erster Beigeordneter